



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 21

Dezember 2007

Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ Ein Zwischenbericht

Nikolaus Werz



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>



Nikolaus Werz, Politologe, ist Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock.
E-Mail: nikolaus.werz@uni-rostock.de



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist eine interdisziplinär orientierte Einrichtung des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches mit Lateinamerika, der Karibik, Spanien und Portugal. Es beherbergt ein Wissensarchiv mit der größten europäischen Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum. Darüber hinaus ist es ein Ort der Wissensproduktion, der Wissensvermittlung und der kulturellen Übersetzungen. Die einzigartige Verbindung von Informationszentrum, Forschungszentrum und Kulturzentrum macht das IAI zu einer Plattform für Kooperationen und zu einem Katalysator für interkulturelle und transkulturelle Dialoge.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit voll-ständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Home-page des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:

(<http://www.iber-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle / Christine Paasch
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2007

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-30-0

Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht¹

Nikolaus Werz

Gleichzeitigkeit der Gegensätze – Das Ölland Venezuela

An zwei Hochhäusern des Wohnviertels *23 de enero* in Caracas finden sich folgende Aufschriften: „*Hacia el Socialismo Bolivariano* – Auf dem Weg zum bolivarianischen Sozialismus“ und daneben „Toyota: *Juntos Avanzamos* – Gemeinsam kommen wir voran“. Diese auf den ersten Blick gegensätzlichen Aussagen können die Widersprüchlichkeit des *proceso*, wie die Entwicklungen unter Präsident Hugo Chávez von den Anhängern des Präsidenten genannt werden, recht gut dokumentieren. Auf der einen Seite das von der Regierung erklärte Ziel eines Sozialismus, auf der anderen ein rasanter Import- und Konsumboom. Allein bis Juni 2007 wurden über 200.000 neue Autos verkauft; angesichts günstiger Kredite bestellen die Abnehmer Fahrzeuge, ohne auf die Farbe Einfluss nehmen zu können, nur rot ist unbeliebt. Noch nie wurden so viele Einkaufszentren eingeweiht wie im vergangenen Jahr und noch nie wurden im Land mit den meisten Schönheitsköniginnen

so viele Schönheitsoperationen durchgeführt. Im ersten Drittel dieses Jahres stieg der Konsum in den Einkaufszentren um 30% - inflationsbereinigt immerhin noch 16% (El Nacional 5.9.2007). Angesichts glänzender Verkaufszahlen plant General Motors für die KfZ-Marke „Hummer“, deren teure und von einer militärischen Version abgeleitete Geländefahrzeuge nach Beobachtungen von Kritikern gerne von Mitgliedern der neuen *boliburguesia* gefahren werden, eine Niederlassung in Venezuela.

Diese erste Betrachtung verbleibt notwendigerweise an der Oberfläche. Sie wird jedoch keineswegs klarer, wenn wir die politischen Stationen seit dem Dezember 1998, als Hugo Chávez Frías seinen ersten Wahlsieg errang, Revue passieren lassen. Gewählt wurde er aufgrund der Abkehr der Mehrheit der Venezolaner von der seit 1958 bestehenden de facto Zwei-Parteien-Herrschaft (Schulz 1997; Welsch/Werz 1999; Levine 2001). Er versprach, die gesellschaftliche Ungleichheit mit einer Verfassungsgebenden Versammlung und einer neuen

Gewählt wurde Hugo Chávez aufgrund der Abkehr der Mehrheit der Venezolaner von der seit 1958 bestehenden de facto Zwei-Parteien-Herrschaft.

¹ Die Ausführungen beruhen u.a auf den Eindrücken und Gesprächen während eines Aufenthaltes im September 2007 in Caracas. Der Autor dankt der venezolanischen Botschaft in Berlin für die Herstellung von Kontakten zum Außenministerium, den Mitarbeitern im Archiv der Casa Amarilla (Außenministerium) sowie Prof. Dr. Friedrich und Barbara Welsch für die freundliche Unterstützung. Klaus Schaeffler danke ich für kritische Kommentare zur ersten Fassung.

Die Hinwendung zu einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ hat in Europa die Sympathie eines Teils der nach 1989 heimatlos gewordenen Linken und Globalisierungsgegner gefunden, sie werden in Venezuela auch „Eurochavisten“ genannt.

Konstitution zu überwinden. Dieser Vorgang war bis 2000 abgeschlossen, er kann als erste Phase des bolivarianischen Prozesses bezeichnet werden. Die zweite Phase kulminierte im Jahr 2002. In dieser Übergangsphase kam es zu wenig koordinierten Reformversuchen, u.a. einem Gesetzespaket Ende 2001, das Proteste aus der Mittel- und Oberschicht hervorrief, von denen nicht wenige Chávez 1998 gewählt hatten. Auf wochenlange, weitgehend friedliche Proteste von Chávez-Anhängern und Gegnern folgte im April 2002 ein fehlgeschlagener Staatsstreich der plutokratischsten und reaktionärsten Teile der Opposition, der von den USA und der damaligen spanischen Regierung mit Sympathie gesehen wurde (Welsch/Werz 2002). In der Folgezeit hat sich der politische Diskurs des Staatsoberhauptes nach einer kurzen Abkühlungsphase radikalisiert, er richtete sich vor allem gegen die privaten Massenmedien, welche die Rolle eines Parteienerbes übernommen hatten. Mit der Einrichtung der sog. Missionen, die verschiedene Sozialprogramme beinhalten, fand er darüber hinaus ein wirkungsvolles Mittel, um die 2002 vorübergehend gesunkene Popularitätsrate zu heben (Azzellini 2006: 129ff.). Ein 2004 von der Opposition initiiertes Abberufungsreferendum, dessen Durchführung Kontroversen hervorrief, scheiterte. Seitdem hat eine dritte Phase begonnen, die nach der anfänglichen Betonung der bolivarianischen und autochtonen Wurzeln, seit der erneuten Wiederwahl des Präsidenten Ende 2006 (Welsch 2006), die Hinwendung zu einem bolivarianischen Sozialismus bzw. eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ propagiert. Gerade dieser Zusatz hat in Europa

die Sympathie eines Teils der nach 1989 heimatlos gewordenen Linken und Globalisierungsgegner gefunden, sie werden in Venezuela auch „Eurochavisten“ genannt. Als Beispiel sei an den Artikel von Oscar Lafontaine „Mit Chávez für die Freiheit“ in der „Welt am Sonntag“ vom 8. Juli 2007 erinnert.

Die oben im Zeitraffer aufgemachte Linie verfügt nicht über die Kohärenz oder gar Zwangsläufigkeit, die ihr von Chávez beigemessen wird. Besonders die ökonomischen Maßnahmen der Regierung sind widersprüchlich. So ist die Abhängigkeit von den USA nicht gesunken, der vor allem auf dem Ölgeschäft beruhende bilaterale Handel nahm in den vergangenen beiden Jahren sogar zu. Aufmerksamkeit erregten die Inszenierung, die Symbolik und die Absichtserklärungen der Regierung: Das Land wurde in Bolivari-sche Republik umbenannt, die Nationalfahne leicht modifiziert, Plätze und Straßen erhielten bevorzugt Namen aus dem 19. Jh., eine parallele Struktur wird aufgebaut und als zentrale Deutungsinstanz fungieren die sonntäglichen Auftritte des Präsidenten in „*Aló, Presidente*“. Entgegen der Annahme von einer Hegemonie privater Medien markieren diese Inszenierungen vor einem zunehmend rot gewandeten Publikum mittlerweile das eigentliche *agenda setting* im Lande. Schon ist von den *políticos del lunes a la mañana* die Rede – den (Oppositions-) Politikern vom Montagmorgen, welche die Auftritte des Präsidenten kommentieren, worin sich ihr Einfluss auch weitgehend erschöpft. Die bei diesen langen Fernsehübertragungen des Präsidenten gemachten Ankündigungen, von denen nur ein kleinerer Teil bislang umgesetzt wurde,

haben einzelne Beobachter dazu verleitet, die Vorgänge in den Bereich der Satire zu verlagern (El Nacional 1.9.2007). Das jüngste Beispiel war die geplante Zeitverschiebung um eine halbe Stunde. Während der Sendung bestand vorübergehend keine Übereinstimmung zwischen dem Präsidenten und seinem Bruder und jetzigen Erziehungsminister Adán, ob die Zeit nun vor- oder nachgestellt werden sollte. Auf jeden Fall wurde die eigentlich für den 23. September vorgesehene Zeitumstellung, die auch eine Kritik am Imperium, d.h. den USA, darstellen soll, zunächst auf den 9. Dezember verschoben.

Es wäre falsch, die Absichtserklärungen von Chávez nicht ernst zu nehmen. Wer das 1998 erschienene Gesprächsbuch „*Habla el Comandante*“ gelesen hat, dem wird nicht entgangen sein, dass die Gedanken des Präsidenten in sein politisches Handeln einfließen (Blanco Muñoz 1998). Die aus der Sicht des 21. Jahrhunderts verwegene Mischung von Ideen aus dem 19. Jahrhundert, dem Bolivarianismus und dem Sozialismus, entfaltet nicht nur in Venezuela, sondern auch in Bolivien, Nicaragua und Ecuador politische Wirkungen. Neben dem Charisma des Regierungschefs und selbsternannten Revolutionsführers kommt ihm der boomende Weltmarkt zur Hilfe: In den vergangenen zehn Jahren ist der Preis für ein Barrel Öl von zehn auf fast 100 Dollar gestiegen. Venezuela avancierte damit, wie schon in den 1970er Jahren, in Lateinamerika und aufgrund neuer und überraschender außenpolitischer Allianzen sogar in der Weltpolitik zu einem aktiven Akteur – vor allem auch in der Selbst-

wahrnehmung des amtierenden Präsidenten.

Von der „paktierten Demokratie“ zur „bolivarianischen Revolution“

Venezuela war nicht nur ein Vorreiter in Lateinamerika, als es sich 1810 von Spanien unabhängig erklärte. Seine Befreiungshelden Bolívar, Miranda und Sucre, um nur die bekanntesten zu nennen, waren auch politische Führer in anderen Ländern des Kontinents. Dennoch zeigt seine weitere Geschichte den unvollendeten Charakter der Staatsbildung: Obwohl Venezuela 1811 als erstes lateinamerikanisches Land eine nach föderalistischen Prinzipien organisierte Republik mit Dreiteilung der Gewalten und einem gestuften Wahlrecht proklamierte, gab es bis 1958 nur acht Jahre lang zivile Regierungen. Venezuela erließ 1811 die erste Verfassung auf dem amerikanischen Halbkontinent, doch ihr folgten bis zur gegenwärtig gültigen Verfassung aus dem Jahr 2000 insgesamt 26 weitere – ein Ausdruck institutioneller Instabilität.

Mitentscheidend für die Intensität der Unabhängigkeitsbestrebungen war neben der Hochkonjunktur im Kakaoanbau die Tatsache, dass aufgrund des langen Küstenstreifens vielfältige Gedankeneinflüsse ins Land kamen. „Nirgends war der Schleichhandel mit dem Ausland schwerer im Zaum zu halten. Ist es da zu verwundern“, notierte Alexander von Humboldt Anfang des 19. Jh.s, „dass [...] in den unter der Generalcapitanerie Venezuela vereinigten Provinzen Wohlstand, Bildung und das unruhige Streben nach Selbstregierung, in dem die Liebe zur Freiheit und zu republikanischen Einrichtungen zur Äußerung

Die frühe Unabhängigkeit begründete eine idealistische Tradition und ein gesamtlateinamerikanisches Anliegen nicht nur der amtierenden venezolanischen Regierung.

Politisch galt Venezuela zunächst als Erfolgsgeschichte: Der Pakt von Punto Fijo leitete eine Form des ausgleichenden Regierens zwischen AD und COPEI ein – scheinbar ein Beispiel für einen gelungenen Elitenkonsens.

kommt, gleichmäßig zugenommen haben?“ (Humboldt 1862: 47). Ein weiteres Merkmal der Unabhängigkeitsbewegung in Venezuela war die Tatsache, dass dort die Gegensätze zwischen ethnischen Gruppen und Schichten offen zu Tage traten und sich in einem zehnjährigen Bürgerkrieg entluden. Beide Faktoren wirken nach: Die frühe Unabhängigkeit begründete eine idealistische Tradition und ein gesamtlateinamerikanisches Anliegen nicht nur der amtierenden venezolanischen Regierung. Und das soziale Anliegen, etwa bei General Ezequiel Zamora (1817-1860), der für eine Landverteilung und gegen die Agraroligarchie eintrat, wurde von Teilen der Linken und besonders dem national-revolutionär auftretenden Chávez aufgegriffen.

Bezeichnenderweise gingen erste demokratische Impulse im 20. Jh. von der Studentengeneration von 1928 aus sowie später von den Parteigründungen während einer dreijährigen demokratischen Zwischenphase (1945-48). 1958 gelang durch ein Abkommen (*Pacto de Punto Fijo*) zwischen den wichtigsten Parteien des Landes, d.h. der sozialdemokratisch ausgerichteten *Acción Democrática* (AD) und der christlich-sozialen *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (COPEI), für fast 40 Jahre die Konsolidierung einer präsidentiellen Demokratie. Der Unternehmervverband und wichtige Interessengruppen bis hin zum Militär waren an diesem „Systempakt“ beteiligt. Folgende Aufgaben wurden für eine demokratisch gewählte Regierung postuliert: Ausarbeitung einer neuen Verfassung, was 1961 geschah, und langfristiger Entwicklungspläne, eine Agrar- und Steuerreform, eine

Sozialgesetzgebung, die Verbesserung des Erziehungssystems und die Modernisierung der Streitkräfte. Mit Hilfe des „schwarzen Goldes“ war es möglich, diese Ziele anzusteuern, auch wenn ein Teil der vor allem in den 1970er Jahren fließenden Petrodollars unproduktiv versandete bzw. in privaten Taschen oder auf Auslandskonten landete. Politisch galt Venezuela zunächst als Erfolgsgeschichte: Der Pakt von Punto Fijo leitete eine Form des ausgleichenden Regierens zwischen AD und COPEI ein – scheinbar ein Beispiel für einen gelungenen Elitenkonsens. Venezuela war in den 1960/1970er Jahren mit seiner Wahldemokratie eine Ausnahme in Südamerika und nahm großzügig politische Flüchtlinge aus den diktatorisch regierten Nachbarländern auf (Werz 1983).

Die Parteienentwicklung lässt sich folgendermaßen periodisieren: 1) Die Phase nach dem Übergang zur Präsidentschaftsdemokratie 1958 bis 1968, die durch Parteienzersplitterung und Guerillaaktivität der radikalen Linken gekennzeichnet war, dennoch fanden freie Wahlen mit hoher Wahlbeteiligung statt. 2) Die Phase des konsolidierten Zweiparteiensystems, des *Bipartidismo* 1969-88, in der sich die AD und die COPEI an der Regierung abwechselten. 3) Die Zeit der politischen Krise in der Folge des *Caracazo*, d.h. den Unruhen und Plünderungen vom Februar 1989 v.a. in der Hauptstadt nach der überstürzten Einführung eines wirtschaftlichen Anpassungsprogramms. Nach einem Putschversuch jüngerer Offiziere um Oberstleutnant Hugo Chávez 1992 entstand ein fragmentiertes Mehrparteiensystem, gleichzeitig sank die Wahlbeteiligung. 4) Die mit dem

Wahlsieg von Chávez 1998 einsetzende Phase, die durch den Bedeutungsverlust der traditionellen Parteien und das Aufkommen eines personalistisch-plebiszitären Führungsstils gekennzeichnet ist.

Wegen seiner Abhängigkeit vom Petroleum wurde Venezuela auch als „Schönwetterdemokratie“ bezeichnet, zumal die Bevölkerung eine angemessene Beteiligung an der Ölrente erwartet. Die demokratisch gewählten Regierungen haben den staatlichen Anteil erhöht, 1975/76 erfolgte die Nationalisierung der Öl- und Eisenerzindustrien. Die zunächst meritokratisch und technokratisch geführte staatliche Ölgesellschaft PDVSA entwickelte sich zu einem der größten Konzerne Lateinamerikas.

Trotz demokratischer Wahlen wies das System Schwächen und soziale Ungerechtigkeiten auf: Veruntreuung öffentlicher Gelder, Korruption innerhalb der politischen Klasse, Rechtsunsicherheit und staatliche Ineffizienz, um nur die wichtigsten zu nennen. Versuche zur Korrektur, u.a. durch eine 1984 eingesetzte Kommission zur Staatsreform und eine Dezentralisierung, blieben erfolglos bzw. förderten sogar den Niedergang des nicht zuletzt auf klientelistischen Strukturen der beiden großen Parteien beruhenden Systems (Lalander 2004). Von der in den venezolanischen Medien vorgetragenen Kritik an der *Partidocracia* profitierten die 1992 zunächst gescheiterten Militärrebellanten.

Oberstleutnant Chávez musste für zwei Jahre in relativ komfortable Gefängnishaft und kandidierte später für die Präsidentschaftswahlen, wobei er eine politische Totalreform versprach, die er nach seinem Amtsantritt 1999 zielstrebig um-

setzte. Nach seiner Freilassung hat er Venezuela bereist (zur Person Marcano/Tyszka 2005; Twickel 2006) und ab seinem ersten Besuch 1994 in Kuba intensive Kontakte mit Fidel Castro gepflegt (Elizalde/Báez 2005).

Hugo Chávez hatte bereits im Wahlkampf 1998 die IV. Republik scharf angegriffen und eine V. Republik angekündigt. Bei seiner Amtseinführung leistete er den Amtseid auf die „todgeweihte Verfassung“ (von 1961), deren wichtigster Autor in Gestalt des zweimaligen Präsidenten Rafael Caldera bei der feierlichen Amtsübergabe im Kongress neben ihm stand. Die Unterscheidung zwischen einer IV. und V. Republik geht also auf Chávez zurück und folgt der von ihm angestrebten Revision der Geschichte Venezuelas. Demnach ist die Phase der vorangegangenen präsidentiellen Demokratie von 1958 bis 1998, dass so genannte *modelo adecopeyano*, d.h. die Regierungen von AD und COPEI, für nahezu alle Missstände im Lande verantwortlich, die nationale Geschichte müsse neu ausgelegt werden. Die schon von anderen venezolanischen Präsidenten hervorgehobene Figur von Simón Bolívar und das 19. Jh. gewannen eine enorme Rolle, ebenso die Militärs und nationale Rebellen, die nach links umgedeutet und in Beziehung zur Guerilla-Bewegung der 1960er Jahre gesetzt wurden. Die nach dem AD-Gründer, und lange Zeit hoch angesehenen demokratischen Präsidenten (1959-64), Rómulo Betancourt benannten Straßen und Plätze wurden umgetauft. Für 2008 sind neue Lehrpläne für den Schulunterricht vorgesehen, von den „Missionen“ wird schon jetzt eine Geschichtsinterpretation vorgelegt,

Hugo Chávez hatte bereits im Wahlkampf 1998 die IV. Republik scharf angegriffen. Bei seiner Amtseinführung leistete er den Amtseid auf die „todgeweihte Verfassung“ (von 1961), deren wichtigster Autor in Gestalt des zweimaligen Präsidenten Rafael Caldera bei der feierlichen Amtsübergabe im Kongress neben ihm stand.

Zum Kurswechsel in der Außenpolitik kam es im Nachklang zum Putschversuch von 2002 und den Resultaten der Wahlen von 2004. Der politische Elitenwechsel wurde auf das Außenamt ausgedehnt, gleichzeitig nahm die internationale Präsenz von Chávez weiter zu.

die von der namhafter Historiker und Sozialwissenschaftler abweicht.

Die Außenpolitik: Vom Demokratieexport zur „Diplomatie der Völker“

Die venezolanische Außenpolitik der sog. IV. Republik orientierte sich an drei Zielen: 1) Erhalt bzw. maßvolle Erhöhung der Ölpreise, unter Berücksichtigung der Interessen des Haupthandelspartners USA; 2) Verteidigung des demokratischen politischen Systems, was Anfang der 1960er Jahre mit der sog. Betancourt-Doktrin auch auf lateinamerikanischer Ebene mit einem gewissen Eifer erfolgte; 3) Sicherung der Grenzen und mögliche Verhandlungen über von Venezuela reklamierte Territorien – besonders gegenüber Kolumbien und Guayana (Romero 2006b).

In einer Übergangsphase verfolgte Präsident Chávez zunächst eine Politik der Nadelstiche gegenüber den USA und präsentierte sich als Fürsprecher der Dritten Welt. Im Jahr 2000 besuchte er Saddam Hussein im Irak, in Lateinamerika sprach er von zwei politischen Achsen, der Bolívar-Achse und der von den USA geführten Monroe-Achse. Schon 2000 lehnte er die kontinentale Freihandelszone ALCA ab und propagierte stattdessen ALBA, was im spanischen auch Morgenröte bedeutet. Mittlerweile heißt das frühere Hilton Hotel in Caracas Alba.

Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise reaktivierte seine Regierung die Politik der Öl exportierenden Länder. Nach dem gescheiterten Streik der Opposition 2002 veränderte Präsident Chávez die bisherige Struktur der PDVSA u.a. durch Entlassungen von Tausenden von Mitarbeitern. Zunehmend übernahm die staatliche Ölgesellschaft

politische Finanzierungsaufgaben, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen und über Parallelhaushalte abgewickelt werden. Die zusätzlichen Einnahmen wurden auch in den Dienst der Außenpolitik gestellt. Als eine Besonderheit, die ansatzweise an die kubanische Außenpolitik der 1960er Jahre erinnert, kommt die „Paralleldiplomatie der Völker“ hinzu. Hierzu zählen Beziehungen zu der Bewegung der Landlosen in Brasilien, den indigenen Gruppen in Bolivien und den *Piqueteros*² in Argentinien, die er ideell und finanziell unterstützt.

Zum Kurswechsel in der Außenpolitik kam es im Nachklang zum Putschversuch von 2002 und den Resultaten der Wahlen von 2004. Der politische Elitenwechsel wurde auf das Außenamt ausgedehnt, gleichzeitig nahm die internationale Präsenz von Chávez weiter zu. Personalismus, Hyperaktivismus und Distanz gegenüber den etablierten Interessengruppen kennzeichnen seitdem seine internationalen Auftritte. Venezuela veränderte sein Abstimmungsverhalten in der UNO, die dichotomische Sichtweise wurde auch auf die internationale Politik übertragen. Dabei versucht man sich von den USA abzusetzen und propagiert:

1. die bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA) statt der Freihandelszone (ALCA),
2. eine militärische Allianz im Südatlantik unter Ausschluss der USA,
3. einen lateinamerikanischen Währungsfond bzw. eine Bank des Südens statt des IWF,

² Demonstranten, die durch illegale Straßen- und Fabrikblockaden auf ihre schlechte wirtschaftliche Situation aufmerksam machen.

4. eine partizipative oder protago-
nistische Demokratie statt der re-
präsentativen Demokratie,

5. den „Sozialismus des 21. Jahr-
hunderts“ statt des Kapitalismus.

Bei verschiedenen Auslandsreisen
bzw. bei Staatsbesuchen lateiname-
rikanischer und anderer Regie-
rungschefs in Caracas sind so viele
Abkommen unterzeichnet worden,
dass ein Überblick schwer fällt. Eine
Zusammenstellung in „Die Zeit“ un-
terstreicht, dass die höchsten Zu-
wendungen für Kuba erfolgten, wie
überhaupt lateinamerikanische Län-
der an erster Stelle rangieren. Es
muss allerdings zwischen den An-
kündigungen und den tatsächlich
geflossenen Geldern unterschieden
werden. Eine Studie des Sieca vom
Juli 2007 hat alle Ankündigungen in
den Medien für Hilfe im Ausland im
laufenden Jahr zusammengetragen.
Sie kommt zu dem Ergebnis, dass
die prognostizierten Einnahmen Ve-
nezuelas für 2007 unter den ange-
kündigten Hilfeleistungen liegen
würden. Von daher sind die in der
Presse auftauchenden Nachrichten
venezolanischer Wohltaten mit Vor-
sicht zu genießen. Gleichwohl kann
z.B. konstatiert werden, dass nach
einer freundlichen Aufnahme von
Chávez durch den dortigen Bürger-
meister günstige Öllieferungen nach
London geflossen sind, wo in den
Bussen dankend auf die Subvention
durch die bolivarianische Regierung
hingewiesen wird.

Die Zusammenstellung in „Die Zeit“
dürfte eher konservativ bemessen
sein. Nicht enthalten sind höchst-
wahrscheinlich Aktivitäten, die sich
auf die Förderung nationalistisch-
antiimperialistischer Bewegungen in
Lateinamerika beziehen.

Im November 2003 wurde der Pri-
mer *Congreso Bolivariano de los*

Pueblos mit 400 links-nationalisti-
schen Politikern in Caracas abgehal-
ten. Die dabei verabschiedete Reso-
lution und die Deklaration eines
zweiten Kongresses 2004 enthalten
eine anti-neoliberale und antiimpe-
rialistische Ausrichtung. Im August
2005 wurden die 16. Weltfestspiele
der Jugend in Caracas und damit
erstmals in Südamerika durchge-
führt. Es kamen 17.000 Teilnehmer
aus über 140 Ländern, die Re-
gierung hatte im Vorfeld rund 8,3
Mio. Dollar bereitgestellt. Kurz da-
rauf war Venezuela Ausrichter des
IV. Weltsozialforums, das vom 23.
bis 29. Januar 2006 in Caracas
stattfand.

Chávez Spenden für die Welt	
Angaben in Millionen US-Dollar	
Kuba	7581
Argentinien	6305
Brasilien	4501
Nicaragua	3264
Bolivien	2061
Uruguay	927
Paraguay	810
Karibische Inseln	792
Jamaika	631
Ecuador	565
Haiti	427
China	300
USA	236
Dominikanische Republik	156
Mali	100
Iran	100
Guyana	53
El Salvador	40
Großbritannien	32
Dominica	10
Grenada	7,5
Benin	2,9
Indonesien	2
Restliches Afrika	1,16
Puerto Rico	0,25
ZEIT-Grafik/Quelle: Financial Times	

Quelle: Die Zeit, Nr. 36, 30. August 2007, S. 8

Präsident Chávez denkt in geopo-
litischen Kategorien und Einflus-
sphären. Seine Vorbilder sind Bolí-
var und andere Militärführer, hinzu
treten Persönlichkeiten der antiim-

**Präsident Chávez
denkt in geopo-
litischen Katego-
rien und Ein-
flusssphären. Sei-
ne Vorbilder sind
Bolívar und ande-
re Militärführer,
hinzu treten Per-
sönlichkeiten der
antiimperia-
listischen und na-
tional-revolutio-
nären Geschichte
Lateinamerikas.**

Die Regierung hat nicht nur die alten Eliten im Außenamt weitgehend ausgetauscht und die internationalen Bündnisse neu ausgelegt, sie hat auch eine zunehmende Internationalisierung des eigenen Landes vorangetrieben.

perialistischen und national-revolutionären Geschichte Lateinamerikas. Das Denken und Reden in Gegensatzpaaren in Carl Schmittscher Manier kommt bei einem Teil der Venezolaner an. Auch die Außenpolitik wird in dichotomischer Weise präsentiert. An die Stelle der ökonomischen Integration soll die Integration der Völker treten, die Kooperation zwischen den Staaten soll in eine Diplomatie der Völker übergehen; Venezuela betreibt eine aktive Kulturpolitik in der Karibik und in Afrika. Keine lateinamerikanische Botschaft in Berlin ist in kultureller Hinsicht so aktiv wie die venezolanische Vertretung. Auch bei den Medien plant man eine Wachablösung: Die Rolle des Nachrichtenfürers in Lateinamerika CNN soll der in Venezuela ansässige Fernsehsender Telesur übernehmen.

Zur Absicherung des revolutionären Projekts werden neue geopolitische und strategische Allianzen angestrebt. Auf lateinamerikanischer Ebene gilt dazu der Beitritt zum Mercosur als besser geeignet als die Mitgliedschaft in der Andengemeinschaft (CAN); Präsident Chávez gab offenbar ohne vorherige Rücksprache mit dem Außenminister und anderen Ministerien den Austritt aus dem CAN bekannt. Der Mercosur, den Chávez reformieren möchte, gilt ihm als Mittel zum Zweck, um die „Bolivarianische Alternative für die Amerikas“ (ALBA) zu fördern. Für die brasilianische und argentinische Industrie würde der Beitritt Venezuelas neue Absatzmärkte eröffnen, während Caracas außer dem Öl wenig anzubieten hat. Die Außenpolitik folgt also nicht wirtschaftlichen Kriterien, sondern politischen Überlegungen. Chávez' Vorstellungen von der Integration un-

terscheiden sich dementsprechend von denen der Mitgliedsländer des Mercosur.

Eine zentrale Rolle spielen die Beziehungen zu Kuba. Venezuela liefert mittlerweile zwischen 90.000 bis 98.0000 Barrels täglich zu Vorzugspreisen. Die Allianz mit Kuba erweist sich in mehrfacher Hinsicht von Vorteil (Corrales 2005):

1. Sie verleiht der Regierung revolutionäre Weihen, denn in Kuba hat tatsächlich eine Revolution stattgefunden, die nach wie vor von Teilen der internationalen Linken und der progressiv eingestellten Öffentlichkeit Unterstützung erfährt.

2. Die Tauschgeschäfte von venezolanischem Öl gegen medizinische, technische und militärische Hilfe aus Kuba sind für beide Seiten einträglich. Die Lieferungen an die Insel machen einen vergleichsweise geringen Anteil der venezolanischen Ölexporte aus, groß sind hingegen die Vorteile, die die Regierung in Caracas in Gestalt von Ärzten, Technikern und Militärberatern daraus ziehen kann.

3. Mit dem u.a. den kubanischen Erfahrungen nachempfundenem Konzept eines „asymmetrischen Krieges“ erhält das venezolanische Militär eine neue Rechtfertigung für seine steigende Präsenz in der Gesellschaft.

4. Für die amtierende nordamerikanische Regierung stellt die binationale Allianz zwischen Kuba und Venezuela ein Problem dar. Mit Blick auf eine eventuelle Transformation des Inselstaates ergibt sich dadurch eine neue Situation für die USA.

Gegenüber der bisherigen Außenpolitik bedeutet dies einen Kurswechsel. Die Regierung hat nicht nur die alten Eliten im Außenamt weitge-

hend ausgetauscht und die internationalen Bündnisse neu ausgelegt, sie hat auch eine zunehmende Internationalisierung des eigenen Landes vorangetrieben. Dazu gehört die bevorzugte Zusammenarbeit mit Kuba bis hin zur Abgabe nationaler Souveränität, was von kubanischer Seite nicht erfolgt; aber auch mit Nichtregierungsorganisationen sowie Teilen der Publizistik im Ausland. Die Gründung von bolivarianischen Zirkeln in verschiedenen Städten der Welt und die Kooperation mit subnationalen Akteuren und Organisationen in anderen Staaten stellt ebenfalls ein Novum dar. Im Jahrbuch des Außenministeriums von 2005 wird die Internationalisierung von venezolanischen Erfahrungen wie der *Misión Milagro* und *Misión Robinson* angekündigt. Am 14. Oktober 2007 führte Chávez sein Sonntagsprogramm in Santa Clara in Kuba durch. Bei dieser Gelegenheit war auch erstmals seit 15 Monaten Fidel Castro mit einem Telefoninterview zu hören. Chávez kündigte u.a. den Bau einer russischen AK Gewehrfabrik in Venezuela an und dass sein Land die Revolution in Bolivien bewaffnet verteidigen würde. Kuba und Venezuela seien eine Konföderation mit einer Regierung und würden der Welt ein Beispiel liefern, wie man zur Regionalmacht aufsteigen könne (El País 15. und 16.10.2007).

Die Reaktion der lateinamerikanischen Regierungen auf Chávez' Avancen ist widersprüchlich. Finanzielle Unterstützung wird gerne angenommen, die tatsächliche Bereitschaft, den Plänen des selbsternannten Kommandanten zu folgen, sollte jedoch nicht überbewertet werden. Getreu der lateinamerikanischen Maxime der Nichteinmi-

schung werden amtierende Präsidenten jedoch öffentlich keine Kritik an dem gewählten venezolanischen Präsidenten üben bzw. entsprechende Anmerkungen allenfalls Ex-Präsidenten überlassen. Brasilien geht auf Distanz, gleichzeitig werden die Militärausgaben erhöht. Ende November folgte die Nachricht, dass sich das Land nicht an dem Bau der gigantischen Gasleitung quer durch Südamerika beteiligen wird.

Nach außen kann Chávez seine Rolle als Regelverletzer, *enfant terrible* des internationalen Parketts und Medienphänomen getreu der Maxime „Die besten Freunde der Populisten sind die Journalisten“ weiter spielen. Sein Auftritt beim Ibero-amerikanischen Gipfel im November 2007 in Santiago de Chile war ein weiteres Beispiel dafür. Mit seinen Äußerungen bei der Ankunft zugunsten eines Meereszuganges für Bolivien irritierte er die chilenische Präsidentin Bachelet. Mit seiner These von einer „sozialen Transformation“ statt der „sozialen Kohäsion“ definierte er das Thema des Treffens um. Schließlich provozierte er mit seiner wiederholten Bezeichnung des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Aznar als Faschisten den spanischen König zu der Äußerung: „Warum hältst Du nicht Mund!“.³ Die wenig diplomatische Zurechtweisung des Königs nutzte er unmittelbar darauf bei einem „Alternativtreffen der Völker“ in Santiago, in dem er in die Rolle des rebellischen Indianerführers schlüpfte, der sich von den vormaligen Kolonialherren nichts sagen lasse. Der historische Gegensatz zwi-

³ „Chávez desata duro conflicto con España, polariza la Cumbre e irrita a Bachelet“, so die Überschrift in: *La Tercera*, 11.11.2007.

Die Reaktion der lateinamerikanischen Regierungen auf Chávez' Avancen ist widersprüchlich. Finanzielle Unterstützung wird gerne angenommen, die tatsächliche Bereitschaft, den Plänen des selbsternannten Kommandanten zu folgen, sollte jedoch nicht überbewertet werden.

Die Außenpolitik folgt unter Chávez auch innenpolitischen Zielen. Die Polarisierung gegenüber den USA dient zur Negativ-Abgrenzung und zum innenpolitischen Geländegewinn.

schen Simón Bolívar und Ferdinand VII schien seine zeitgenössische Entsprechung in der Konfrontation Chávez – König zu finden. Chávez verweist dabei auf die Unterstützung des damaligen spanischen Ministerpräsidenten Aznar für den gescheiterten Staatsstreich im April 2002.

Einmal mehr unterstreicht der Vorgang, dass die venezolanische Außenpolitik schwer berechenbar ist und vom Präsidenten abhängt. Schließlich waren Spanien und Portugal der amtierenden venezolanischen Regierung bei den ökonomischen Beziehungen und Rüstungslieferungen weit entgegen gekommen (Vargas Llosa 2007), wesentlich weiter etwa als die Bundesrepublik Deutschland. Bezeichnenderweise erhielt Chávez bei dem Vorfall in Santiago lediglich die unmittelbare Unterstützung von Daniel Ortega aus Nicaragua, während sich Bolivien und Kuba zurückhielten. Die kubanische Regierung unterhielt auch in der Zeit des Franco-Regimes gute Beziehungen mit Spanien.

Die deutlichste Kritik an Chávez' Paralleldiplomatie in Lateinamerika kommt aus Ländern, wo er bereits in den Wahlkampf eingegriffen hat (Peru) bzw. aus Kleinstaaten Mittelamerikas. In Peru kam es zu einer Kabinettskrise als bekannt wurde, dass in Cusco, Puno, Juliaca und Iquitos mit venezolanischer Unterstützung sog. „Casas de Alba“ aufgebaut wurden. Die Schätzungen über weitere Gründungen reichen bis zu 80 kleineren Büros (LAWR 1.11.2007). Auch der Präsident von El Salvador, Tony Saca, warf dem venezolanischen Präsidenten vor, dass er „bolivarianische Zirkel“ in El Salvador, den mittelamerikanischen Ländern und Mexiko plane (LAWR

8.11.2007). Er nahm Bezug auf einen Artikel in *El Universal* vom 7. Oktober, wo berichtet wurde, die Regierung habe in dem Entwicklungsplan 2007-2013 Beträge zur Förderung von sog. alternativen Bewegungen in Mittelamerika und Mexiko eingestellt.

Unter Chávez hat das Außenministerium an Bedeutung verloren. Ein Elitenwechsel hat eingesetzt, der besonders in der Ausbildungsstätte *Pedro Gual* weit fortgeschritten ist. Die höheren Positionen dort wurden mit Vertretern der Linken besetzt oder mit relativ jungen Gefolgsleuten des Präsidenten. International präsentierte sich Venezuela als Fürsprecher der Armen und Stimmlosen. Die Strategie ging jedoch nur teilweise auf, wie das Scheitern der Kandidatur für den Sitz im UN-Sicherheitsrat 2006 unterstreicht.

Die Außenpolitik folgt unter Chávez auch innenpolitischen Zielen. Die Polarisierung gegenüber den USA dient zur Negativ-Abgrenzung und zum innenpolitischen Geländegewinn. Nach dem jüngsten Auftritt gegenüber der spanischen Regierung und dem Scheitern der Vermittlungsbemühungen zur Freilassung der von der kolumbianischen Guerilla FARC verschleppten Ingrid Betancourt hat Chávez den Bogen allerdings überspannt. Die Forderung nach einer Entschuldigung durch den spanischen König ist ebenso überzogen, wie die Ankündigung, die Beziehungen mit Kolumbien „einzufrieren“ oder die Öllieferungen in die USA zu stoppen, falls sich eine Parteinahme oder gar ein Eingreifen der USA bei dem Referendum erweisen sollte.

Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Es liegen sieben Bände mit Reden des Präsidenten Chávez vor, im Titel kommt der neue Kurs zum Ausdruck. Wie in Kuba stehen die Jahre jeweils unter einem Hauptmotiv: 1999 – Jahr der Wiedergründung der Republik; 2000 – Jahr der Relegitimation der Gewalten; 2001 – Jahr der Ermächtigungsgesetze (*leyes habilitantes*); 2002 – Jahr des antiimperialistischen Widerstandes; 2003 – Jahr der revolutionären Gegenoffensive und des antiimperialistischen Sieges; 2004 – Jahr des großen volkesrevolutionären Sieges; 2005 – Jahr des großen Sprung nach vorn / Vorwärts zum Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Zunächst handelte es sich eher um eine symbolische „Revolution von oben“. Dies kommt zum Beispiel in dem Slogan der Regierung *Venezuela: Ahora es de todos* zum Ausdruck oder in der Bezeichnung von Ministerien wie *Ministerio del Poder Popular para la Comunicación e Información* (Ministerium der Volksmacht für Kommunikation und Information). Inzwischen werden die Veränderungen in der Staatsform, der personellen Zusammensetzung der Regierung, der Legitimationsideologie und auch bei den sozialen Strukturen sichtbar.

Den hohen Wahlsieg vom Dezember 2006 legte der Präsident als Votum für den Sozialismus aus. Bei der Amtseinführung am 10. Januar 2007 schwor er, „sein ganzes Leben für den Aufbau des venezolanischen Sozialismus zu geben“ und zwar vor Christus, „dem größten Sozialisten der Geschichte.“⁴ Die Rede enthält

mit dem Verweis auf die „Moral als Regierungsgewalt“ Rückgriffe auf Bolívar und Martí, von dem der Satz entlehnt wurde, jeder müsse zwei Stunden am Tag studieren. Fünf Motoren sollen die Revolution in Schwung bringen:

1. Eine Art Ermächtigungsgesetz als „*ley de leyes revolucionaria*“;
2. eine Verfassungsreform, die als Aufbau eines sozialistischen Rechtsstaates angekündigt wird;
3. eine Erziehung zu sozialistischen Werten;
4. eine neue Geometrie der Macht mit Blick auf die regionale Entwicklung;
5. eine Stärkung der kommunalen Räte, zur Ablösung des etablierten Staates.

Inwiefern weist die venezolanische Gesellschaft bereits sozialistische Elemente auf? Als dem scheidenden japanischen Botschafter 2007 diese Frage in einem Zeitungsinterview gestellt wurde, wies er darauf hin, dass Japan mehr sozialstaatliche Merkmale habe als das südamerikanische Land. Diese Äußerung rief Verstimmung im venezolanischen Außenministerium hervor.

Die Angaben über das Fortschreiten des Sozialismus sind widersprüchlich (zuletzt Wilpert 2007). Nach der Koordinationsstelle für Kooperativen (*Sunacoop*) beschäftigen sie 18 % der Arbeitskräfte, d.h. über 2 Mio. Menschen. Laut Informationen des Nationalen Instituts für Statistik (INE) sind es nur 2 %, d.h. etwas über 200.000 Personen. Es sollen 215.000 Kooperativen registriert sein, die Aussagen über die tatsächlich Aktiven schwanken jedoch zwi-

detendrá la Revolución Socialista en Venezuela. (Nichts wird die Sozialistische Revolution in Venezuela aufhalten.)

4 Auf der Titelseite der veröffentlichten Rede findet sich der Satz: *Nada*

Den hohen Wahlsieg vom Dezember 2006 legte der Präsident als Votum für den Sozialismus aus. Bei der Amtseinführung am 10. Januar 2007 schwor er, „sein ganzes Leben für den Aufbau des venezolanischen Sozialismus zu geben“ und zwar vor Christus, „dem größten Sozialisten der Geschichte.“

Die PSUV (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) soll an Traditionen des nationalen und antiimperialistischen Denkens anknüpfen und mit bis zu 7 Mio. Mitgliedern zur größten Partei Amerikas werden.

schen 60.000 und 100.000. Unterdessen schlägt Chávez ein Netz sozialistischer Kooperativen vor (El Universal 21.9.2007). Ungewiss ist vorerst, was in den sog. wieder gewonnenen Fabriken und auf den besetzten Latifundien geschieht. Bei den Landbesetzungen ist das Vorgehen nicht einheitlich, es bleibt unklar, warum es den einen Großgrundbesitzer trifft und andere nicht. Mehrfach folgten Verhandlungen, in die der Präsident selbst publikumswirksam eingriff.

In jedem Fall bleiben die neuen Eigentumsformen auf staatliche Zuwendungen angewiesen. Eine Form klientelistischer Zuteilung stellen deshalb die als „Missionen“ bezeichneten Sozialprogramme dar; die Mitgliedschaft von ein oder zwei Personen in einer Mission kann den Lebensunterhalt einer Familie gewährleisten. 2006 vergab die Nationalversammlung z.B. Stipendien an 27 Mitglieder des *Frente Francisco de Miranda*, die die Mitarbeiter der Alphabetisierungskampagne *Misión Robinson* unterstützen sollten. Sie erhielten nach dem offiziellen Kurs umgerechnet jeder 162 Dollar im Monat. Eine solche Ausschüttung staatlicher Gelder knüpft teilweise an das Patronageverhalten an, das in der Vergangenheit von den traditionellen Parteien genährt wurde. Seit 2003 ist die Armut gesunken, nicht aber die Ungleichheit (Sanjuan 2007).

Die Mitgliedschaft in den Missionen beinhaltet das Versprechen auf einen sozialen Aufstieg innerhalb eines Systems populistischer Kooptation. Dies gilt auch für Frauengruppen. Die *Misión Ribas* wirbt mit Plakaten, auf denen sich Bilder von Frauen mit Ausweisnummer finden und Aussagen wie: „Heute bin ich

Dienstmädchen, morgen Sozialarbeiterin“. Oder: „Heute bin ich Hausfrau, morgen Geschäftsführerin“ (Fernandes 2007).

Eindeutig in Richtung eines „demokratischen Zentralismus“ staatssozialistischer Gesellschaften geht die politische Organisation. Rund 2.000 wichtige politische und administrative Posten werden mittlerweile von Militärs eingenommen. Bis auf zwei Bundesstaaten regieren überall Gouverneure, die der Regierung nahe stehen.

Daneben fördert die Regierung Parallelstrukturen wie die „Bolivarianischen Zirkel“ (*Circuitos Bolivarianos*), die direkt der Präsidentschaft zugeordnet waren. Anlässlich des Referendums von 2004 entstanden die „Wahlbattallione“ (*Unidades de Batalla Electoral*), die anschließend in „Einheiten für den endogenen Kampf“ (UBE) umbenannt wurden.

Die Bolivarianischen Zirkel (CB) sollen nach offiziellen Angaben im Jahr 2005 fast die Zahl von 120.000 erreicht haben, mit jeweils zehn Mitgliedern. 2007 sollen es jedoch nur noch 4.000 CB gewesen sein. Nach der gewonnenen Wahl 2006 war zunächst von einer Art Einheitspartei (*Partido Único*) die Rede, sie wird mittlerweile als *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV; Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) bezeichnet.

In einer Rede vom 19. April 2007 beim „zweiten Treffen der Antreiber der PSUV“, den sog. *propulsores* (Propeller), wiederholte Präsident Chávez seine Vorbehalte gegen die Parteien, gleichzeitig wies er aber auf die Notwendigkeit einer solchen Organisation hin. Sie soll an Traditionen des nationalen und antiimperialistischen Denkens anknüpfen und mit bis zu 7 Mio. Mitgliedern

zur größten Partei Amerikas werden. Bis zum Gründungskongress am 20. Oktober 2007 hatten bis zu 1,5 Mio. ihre Bereitschaft zur Mitarbeit dokumentiert.

Gouverneure in Venezuela 2004-2008 (gewählt am 31/10/2004)			
	Bundesstaat	Gouverneur	Partei
1.	Amazonas	Liborio Guarrulla	PPT
2.	Anzoátegui	Tarek William Saab	MVR
3.	Apure	Jesús Aguilare	MVR
4.	Aragua	Didalco Bolívar	MVR
5.	Barinas	Hugo de los Reyes Chávez	MVR
6.	Bolívar	Francisco Rangel G.	MVR
7.	Carabobo	Luis Acosta Carles	MVR
8.	Cojedes	Jhonny Yáñez Rangel	MVR
9.	Delta Amacuro	Yelitze Santaella	Mi gente, MVR
10.	Falcón	Jesús Montilla	MVR
11.	Guárico	Eduardo Manuitt	PPT, MVR
12.	Lara	Luis Reyes Reyes	MVR
13.	Mérida	Florencio Porrás	MVR
14.	Miranda	Diosdado Cabello	MVR
15.	Monagas	José G. Bri-ceño	MVR
16.	Nueva Esparta	Morel Rodríguez	AD
17.	Portuguesa	Antonia Mu-ñez	MVR
18.	Sucre	Ramón Mar-tínez	MVR, Podemos
19.	Táchira	Ronald Blanco	MVR
20.	Trujillo	Gilmer Viloría	MVR
21.	Vargas	Antonio Rodríguez	MVR
22.	Yaracuy	Carlos Jiménez	MVR
23.	Zulia	Manuel Rosales	UNTC

Quelle: El Nacional 2006: Venezuela en Datos 2007, S.46

Als wichtigster Ideenproduzent und *Propulsor* fungiert Chávez. Zunehmend erscheinen seine Reden in Büchern bzw. in Form von Broschüren. Eine Reihe trägt zwar den Titel

Colección Nuevo Socialismo, es handelt sich aber um Reden und Dokumente des amtierenden Präsidenten aus den 1990er Jahren. Ihnen liegt ein nationaler, lateinamerikanischer und am Ideal der sozialen Gerechtigkeit orientierter Duktus zugrund. So ist von dem Baum mit drei Wurzeln die Rede, dem *Sistema EBR*. E steht für Ezequiel Zamora – den Gegner der Oligarchie und Verfechter der Volksmacht im 19. Jahrhundert, B für Bolívar – den Vater des Vaterlandes und Befreier weiter Teile Südamerikas und R für Simón Rodríguez – den Volkspädagogen und Lehrer Bolívars, der u.a. den von Chávez häufig zitierten Satz prägte: *inventamos o erramos* (Chávez Frías 2007).

Daneben besteht eine umfangreiche und kaum überschaubare Produktion von kleineren Beiträgen, die heterogen ausfallen und in den unterschiedlichsten Traditionen sozialistischen und globalisierungskritischen Denkens stehen. Zu den in diesem Zusammenhang zu nennenden Autoren gehören die ursprünglich in Kuba lebende Chilenin und seit einigen Jahren in Caracas wohnende Marta Harnecker, der in Mexiko lebende Deutsche Heinz Dietrich,⁵ der Spanier Juan Carlos Monedero, William Izarra, Haiman El Troudi u.a. Im *Centro Francisco de Miranda*, wo Chavisten aus den Provinzen und ausländische Wegbegleiter wohnen, finden regelmäßig Veranstaltungen statt, die auch in Buchform oder im Internet veröff-

Als wichtigster Ideenproduzent und *Propulsor* fungiert Chávez. Zunehmend erscheinen seine Reden in Büchern bzw. in Form von Broschüren.

5 Dietrich (2007a) empfahl eine Woche vor dem Referendum die Wahl des „Sí“. Es sei ein Plädoyer für einen patriotischen, lateinamerikanischen Desarrollismus – in der Linie von Bolívar, Dr. Francia, Perón, Allende, den Sandinisten, Chávez – gegen eine oligarchisch-imperiale Achse.

Die Revolution möchte die heroische Geste von Simón Bolívar fortsetzen. Wie schon bei Präsident Carlos Andrés Pérez in den 1970er Jahren ist von einer „zweiten Unabhängigkeit“ und einer Neugründung im Geiste des Befreiers die Rede.

entlicht werden. Verschiedene Sympathisanten der bolivarianischen Revolution aus Lateinamerika und Europa beteiligen sich an der Debatte. Das Kulturministerium gibt eine preiswerte Buchreihe heraus; die Texte beschäftigen sich etwa mit den Mythen der venezolanischen Oligarchie (Toro Jiménez 2006) und den Einflüssen der Befreiungstheologie auf die bolivarianische Revolution (Giraldo Vergara 2006). Es handelt sich nicht um bekannte Autoren. Sie üben in ihren Veröffentlichungen Kritik an den vorherrschenden Geschichtsinterpretationen zu Venezuela. Die wenigen bekannten venezolanischen Intellektuellen, die Chávez noch kritisch begleitet hatten, sind 2007 auf Distanz gegangen. Sie äußern Misstrauen gegenüber dem Konzept einer Einheitspartei und seinen Vorstellungen vom Sozialismus, die ja an keiner Stelle wirklich expliziert wurden (vgl. Lander 2007; López Maya 2007).

Die zentrale Figur bleibt indessen der *Comandante*, wie er sich offenbar nicht ungern von seinen Anhängern nennen lässt. Er beruft sich in seinen Ansprachen auf ganz unterschiedliche Autoren, darunter auch Elias Canetti und sein Buch „Masse und Macht“. Seine Reden weisen Züge einer politischen Religion auf (Sánchez 2005). Einzelne Merkmale seien hier erwähnt:

1. Die Revolution möchte die heroische Geste von Simón Bolívar fortsetzen. Wie schon bei Präsident Carlos Andrés Pérez in den 1970er Jahren ist von einer „zweiten Unabhängigkeit“ und einer Neugründung im Geiste des Befreiers die Rede.
2. Neben dem mythischen Hintergrund resultiert die eigene Bedeutung aus den übermächtigen Geg-

nern – die USA und die Globalisierung.

3. Die Revolution inkarniert sich in einer Führergestalt. Hier wirken möglicherweise Versatzstücke des zivil-militärischen Ansatzes des 2003 in Argentinien verstorbenen Nationalisten und Antisemiten Norberto Ceresole nach, der die Einheit „Caudillo – Ejército - Pueblo“ (Caudillo – Heer - Volk) aufgemacht hatte. Motor und Eigentümer der Revolution ist der Anführer; die „Stimmen gehören mir“, sagte Chávez bei der Auslegung des Wahlergebnisses 2006.

4. Das Sendungsbewusstsein der bolivarianischen Revolution richtet sich in Anknüpfung an die idealistische Tradition Venezuelas auch nach außen, besonders an Kuba und Bolivien sowie an verbündete Gruppen und das lateinamerikanische Volk.

5. Zur bolivarianischen Revolution gehören die Vorstellung plebiszitärer Demokratie, der sog. „Parlamentarismus der Straße“ und die direkte verbale bzw. mediale Kommunikation. Dazu zählten anfangs der „Balkon des Volkes“ im Zentrum der Hauptstadt und mittlerweile natürlich „Aló, Presidente“. Die sonntäglichen Ausführungen enthalten ebenso sakrale Züge wie die allen anderen „Missionen“ übergeordnete „Misión Cristo“, die Mission Christus. Sie soll bis 2021 zur Abschaffung der Armut führen; gleichzeitig dient die Berufung auf Christus zur Absetzung von der regierungskritischen Amtskirche.

6. Die Bewegung rekurriert auf nationale (Bolívar), kontinentale (Fidel Castro, Ernesto Che Guevara), christliche und internationale Symbolik – wie die zunehmend dominierende rote Farbe. Hinzu kommen

internationale Verbündete. So unterbricht der Präsident seinen Rede-Fluss bisweilen für Hochrufe auf Kuba, Bolivien, China oder den Irak. Nicht selten werden auch die Botschafter und Gäste aus den erwähnten Ländern zu den Sendungen von „Aló, Presidente“ eingeladen.

Kann eine solche Verbindung ungleichzeitiger und teilweise gegensätzlicher Strömungen funktionieren? In den Reden und Fernsehauftritten, die in der spanischen Tradition der *Oratoria* stehen, offensichtlich schon. Sie nehmen streckenweise einen volkspädagogischen Charakter an, wenn der Präsident einzelne Zuhörer unvermittelt aufruft, sie sollten das soeben Erläuterte wiederholen. Gerade die Sendung „Aló, Presidente“ besitzt darüber hinaus Unterhaltungselemente. Dass sie am Sonntagvormittag beginnt, dürfte kein Zufall sein. Als „Fernsehprediger“ bezeichnete ihn unlängst der Schriftsteller Hans Christoph Buch: „Mehr als von Fidel Castro hat er von Tele-Evangelisten gelernt, die wie Rockstars die Massen in Trance versetzen und durch angebliche Wunderheilungen der katholischen Kirche die Gläubigen abjagen“ (Buch 2007). Vor kurzem wurde ihm eine CD mit dem Titel „*Canciones de siempre*“ überreicht, die von ihm gesungene Lieder und Boleros enthält. Sie soll gratis verteilt werden.

Das Referendum vom 2. Dezember 2007

Das von Chávez-Anhängern dominierte Parlament – die Opposition hatte in einer kurzsichtigen politischen Entscheidung die Wahlen 2005 boykottiert – billigte im Januar 2007 einstimmig umfassende Sondervollmachten (*Ley Habilitante*).

Ende Februar verfügte Chávez per Dekret die Verstaatlichung der noch verbleibenden privaten Ölfelder, im Mai sorgte die Schließung des privaten Fernsehsenders *Radio Caracas Televisión* (RCTV) für heftige Proteste. Trotzdem und trotz der bereits vorhandenen Sondervollmachten drängte er auf weitgehende und schnelle Veränderungen der von ihm selbst 2000 eingeführten Verfassung.

Am 15. August 2007 präsentierte der Präsident der Nationalversammlung ein „Projekt zur Reform der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela“ (vom 24. März 2000). Es enthielt Änderungsvorschläge zu insgesamt 33 Artikeln, die wichtigsten seien hier erwähnt: Art. 11, in dem es um das Staatsgebiet und weitere geographische Bereiche geht, soll dahingehend modifiziert werden, dass der Präsident spezielle militärische Regionen dekretieren kann. Die politische Gliederung (Art. 16) macht die Kommunen zur Grundlage des „sozialistischen venezolanischen Staates“, sie sollen Formen der Selbstregierung und der direkten Demokratie beinhalten. Der Präsident kann mit einfacher Mehrheit in der Nationalversammlung neue Provinzen, Städte und Distrikte schaffen. Im Rahmen einer neuen „Machtgeometrie“ steht es dem Staatsoberhaupt frei, Vizepräsidenten zu ernennen. Caracas sollte in „*Cuna de Bolívar y Reina del Guanaira Repano*“, so der indianische Name für das Gebiet der Hauptstadt, umbenannt werden (Art. 18). Die verschiedenen Formen der Volksabstimmung sollen ein Mittel zum „Aufbau des Sozialismus“ sein (Art. 70). In Zukunft darf die tägliche Arbeitszeit nicht mehr als sechs Stunden und die

Am 15. August 2007 präsentierte der Präsident der Nationalversammlung ein „Projekt zur Reform der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela“ (vom 24. März 2000).

Der Staatspräsident wollte ursprünglich 33 der insgesamt 350 Artikel ändern; das von Chávez kontrollierte Parlament fügte 36 weitere Änderungsvorschläge hinzu, so dass die Zahl auf 69 anwuchs.

wöchentliche nicht mehr als 36 betragen (Art. 90), was zu der Vermutung führte, dass die Samstagarbeit wieder eingeführt werden könne. Besondere Förderung soll die Volkskultur, d.h. die der Nachfahren der Indianer und der aus Afrika kommenden Menschen erfahren (Art. 100). Monopole werden verboten (Art. 113). Art. 115 sieht verschiedene Eigentumsformen vor – darunter das öffentliche, gesellschaftliche, kollektive, gemischte und private Eigentum. Bei der Öffentlichen Gewalt wird unterschieden zwischen der „Volksmacht, der Kommunalen Gewalt, der Bundesstaatlichen Gewalt und der Nationalstaatlichen Gewalt“. Bei der Öffentlichen Verwaltung kommen zur traditionellen Verwaltung die „Missionen“ hinzu, die die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen sollen (Art. 141). Art. 158 soll lauten: „Der Staat fördert die protagonistische Beteiligung des Volkes, dabei soll Macht übertragen werden, um die besten Bedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Demokratie zu schaffen.“ Art. 184 soll die organisierten Kommunen stärken, die „als höchste Autorität die Versammlung der Bürger und Bürgerinnen hat, die in dieser Eigenschaft die Organe der Kommunalen Macht bestimmen und abrufen kann.“ Die Amtsperiode des oder der Präsidenten wird auf sieben Jahre verlängert, eine Wiederwahl ist möglich (Art. 230), dies ist im Ausland die kontroverseste Änderung. In Art. 236 werden die Befugnisse des Staatsoberhauptes in 26 Punkten ergänzt bzw. ausgeweitet. Art. 300 eröffnet die Bedingungen für die Schaffung von Unternehmen und wirtschaftlichen sowie sozialen Aktivitäten unter den Prinzipien der „sozialistischen Öko-

nomie.“ Der Staat fördert die „nationale Manufaktur“ und „Technologie“ (Art. 302) sowie die Produktion von „Nahrungsmitteln im ökonomischen und sozialen Interesse der Nation“ (Art. 305). Um die Versorgung sicherzustellen, kann er Teile der Produktion übernehmen oder an „autonome Einrichtungen, öffentliche Unternehmen sowie soziale Organisationen, Kooperativen oder Kommunale Einrichtungen übertragen.“ Das Latifundium wird verboten, Bauern haben ein Recht auf Land (Art. 307). Die Zentralbank soll dem nationalen Entwicklungsplan bzw. der Leitung des Präsidenten oder der Präsidentin unterliegen (Art. 318). Jeweils zum Jahresende stellt der Staatschef fest, welche Reserven zur „Finanzierung der Missionen und damit zur integralen, endogenen, humanistischen und sozialistischen Entwicklung der Nation“ aufgebracht werden sollen (Art. 321). Die „Bolivarianischen Streitkräfte bilden eine patriotische und antiimperialistische Körperschaft, es soll eine bolivarianische Militärdoktrin gelten“ (Art. 328). Nach dem zu verändernden Art. 329 können „die Bolivarianischen Streitkräfte Aufgaben der Ordnungsbehörden und im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungen Ausführungen ausführen, die ihnen vom Gesetz übertragen werden.“ Die Nationalgarde soll einen militärischen Charakter erhalten und in Territorialgarde umbenannt werden (Art. 329) – dieser Vorschlag wurde bisher als einziger fallengelassen. Der Schlusssatz lautet: „Die militärische Reserve wird in Einheiten der bolivarianischen Volksmiliz transformiert.“

Der Staatspräsident wollte ursprünglich 33 der insgesamt 350

Artikel ändern; das von Chávez kontrollierte Parlament fügte 36 weitere Änderungsvorschläge hinzu, so dass die Zahl auf 69 anwuchs. Im Kongress sind alle 167 Sitze mit Vertretern der Regierungspartei oder Abgeordneten einer der mit ihr verbündeten Gruppierungen besetzt.

Als neue Machtstruktur könnten sich die Kommunalräte erweisen, mit deren Umsetzung schon im März 2006 begonnen wurde. Da sie dem Präsidenten zugeordnet sind, erweisen sie sich als eine Parallelstruktur zu den Präfekturen, den bisherigen Organen der Volksmacht und den Bürgermeister. Im März 2007 sollen bereits 18.200 Kommunalräte bestanden haben (Sosa/ Maingon 2007).

Der Protest gegen das Referendum formierte sich langsam. Ein Teil der Opposition plädierte für eine Enthaltung. Hinzu kommt, dass sich der Verdacht hält, es wäre doch möglich, die Wählerentscheidung herauszufinden. Viele befürchten dann Benachteiligungen bei der staatlichen Stellenvergabe oder bei der Patronage. Regierungsnah Abgeordnete hatten 2004 durch die Veröffentlichung einer Liste mit den Namen derjenigen, die für das Abberufungsreferendum unterzeichneten, solche Befürchtungen gezielt gefördert (*Lista Tascón*). Präsident Chávez machte in einigen Reden Anspielungen, die Leute würden schon sehen, was passiere, wenn sie gegen ihn stimmten.

Die Opposition und die Parteien spielten zunächst keine Rolle. Sie befanden sich in einem beklagenswerten Zustand, waren zersplittert und hatten kaum prominente Gesichter vorzuzeigen (Gehring/Hartung 2007). Der 2006 mit einem

recht respektablen Ergebnis gegen Chávez unterlegene Gouverneur von Zulia Rosales hatte es in den folgenden Monaten an einer gewissen Konstanz des Auftretens fehlen lassen. Veränderungen wurden eher von Abspaltungen aus dem Chavismus bzw. von jüngeren Talenten erwartet, etwa den Bürgermeistern von Chacao und Baruta.

Es bedurfte erst eines erneuten Auflebens der Studentenproteste, bis ein größeres nationales und internationales Publikum erreicht werden konnte. Die Studenten haben in der venezolanischen Geschichte mehrmals eine Vorreiterrolle eingenommen. Bekannt wurde die Studentengeneration von 1928, auf die sich das alte Parteiensystem zurückführen lässt. Auch an den Ereignissen in den 1990er Jahren hatten die Studenten teilgenommen. Ihr Anteil wurde jedoch von dem antiimperialistisch-nationalistischen Diskurs von Chávez verdrängt. Mit diesem Denken und der anti-akademischen Attitüde der Populisten können die Studenten und an Bildung interessierten Jugendlichen indessen wenig anfangen. Nur so lässt es sich erklären, dass chavistische Organisationen kaum Erfolg bei den Studentenratswahlen haben. Überdies wurden 2004 an der Universität Santa Maria Studenten erschossen. Die Schließung des Fernsehkanals *Radio Caracas Televisión* (RCTV) in Frühjahr 2007 war der Moment für das Auftreten einer Generation, die alte politische Etiketten ablehnt und den Gegensatz Sozialismus-Kapitalismus nicht nachvollziehen kann (Pulido de Briceno 2007). Neben den Befürchtungen hinsichtlich einer weiteren Einschränkung der akademischen Freiheit beschäftigt die Jüngeren das

Der Protest gegen das Referendum formierte sich langsam. Ein Teil der Opposition plädierte für eine Enthaltung. Hinzu kommt, dass sich der Verdacht hält, es wäre doch möglich, die Wählerentscheidung herauszufinden. Viele befürchten dann Benachteiligungen bei der staatlichen Stellenvergabe oder bei der Patronage.

Der Wahlausgang zeigte, dass weniger die Opposition einen Sieg über Chávez errang, als dass der eine lange Amtszeit und einen diffusen Sozialismus anstrebende Präsident von der eigenen Anhängerschaft zurückgepfiffen wurde.

Problem der täglichen Unsicherheit, was die Regierung wenig interessiert. Venezuela hat bei 26 Mio. Einwohnern rund 1,5 Mio. Studenten, von denen nach Schätzungen mehr als die Hälfte gegen Chávez eingestellt sein soll. Auch unter den Chavisten wurden Befürchtungen laut, ob eine noch stärkere staatliche Intervention der Universitäten und Schulen nicht zu einem weiteren Leistungsabfall führen wird. Deshalb zeigen die Mitglieder der neuen politischen Klasse wenig Begeisterung, ihre Kinder auf die Bolivarianische Universität zu schicken, sondern bevorzugen die Zentraluniversität (UCV) und private Universitäten wie die Simón Bolívar. Die demonstrierenden Studenten kommen aus den alten und neuen Mittelschichten. Der Versuch einer Einschüchterung und Kriminalisierung durch die Regierung misslang.

Neben den Studenten war es vor allem die öffentliche Kritik des vormaligen Generalstabchefs und Verteidigungsministers Raúl Baduel, der 2002 Chávez beim gescheiterten Putsch in entscheidender Weise beigestanden hatte, die die Gegner eines „No“ zur Verfassungsreform stärkte. Baduel bezeichnete die Reform Anfang November als einen „Staatsstreichversuch“. Dies taten andere auch, aber bei dem pensionierten General und Mitverschwörer in Chávez' Offiziersloge von 1982 hat eine solche Äußerung besonderes Gewicht. Vor dem Hintergrund eines so prominenten Kritikers, bei

dem vermutet wird, er könnte innerhalb der Streitkräfte noch über einen Anhang verfügen, gewann die Kampagne plötzlich ein neues Gewicht. In dem Block des „No“ fanden sich 18 Gruppen zusammen; bei den öffentlichen Auftritten hielten sich die Parteien zurück, einzelne Studentenfürher rückten in den Vordergrund.

Umfragen von Dataanálisis und Hinterlaces zeigen eine Zunahme der kritischen Einstellungen gegenüber der von Chávez vorgelegten „Reform“ in den letzten Wochen. Die Leute unterscheiden dabei zwischen dem Vorschlag und dem Präsidenten. Es sollen Schilder mit dem Satz „Viva Chávez, abajo el gobierno“ gesichtet worden sein. Mit anderen Worten: Der Präsident dürfte populärer als der Vorschlag sein. Dies gilt selbst für die Armutsviertel, wo es ja Formen von Eigentum gibt, und eine Entwicklung in Richtung Kuba nicht wirklich populär ist. Die Opposition nahm indirekt darauf Bezug indem sie inserierte, dass am Sonntag nicht über den Präsidenten entschieden werde. Als Erfolg der Opposition und als Zeichen für einen eventuellen Stimmungsumschwung konnte gelten, dass sie erstmals seit längerer Zeit kurz vor dem Referendum eine Demonstration auf der Avenida Bolívar in der Hauptstadt durchführen konnte. Diese Avenida hatte sich in den letzten Jahren zum exklusiven Aufmarschgebiet des Chavismus verwandelt.

Resultate des Referendums zur Verfassungsreform				
	Block A		Block B	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Ja	4.404.626	49,34%	4.360.014	48,99%
Nein	4.521.494	50,65%	4.539.707	51,01%
Wahlenthaltung		43,95%		43,85%
Quelle: http://www.cne.gov.ve/noticiaDetallada.php?id=4354 (20.12.2007)				

Die außenpolitischen Komplikationen der letzten Wochen dürften Einfluss auf den Wahlausgang gehabt haben. Im Lande leben mehr als 300.000 Menschen mit einem spanischen Pass und fast fünf Mio. haben familiäre Beziehungen zu Kolumbien.

Der Wahlausgang zeigte, dass weniger die Opposition einen Sieg über Chávez errang, als dass der eine lange Amtszeit und einen diffusen Sozialismus anstrebende Präsident von der eigenen Anhängerschaft zurückgepfiffen wurde. Im Vergleich zu den Wahlen 2006 fehlten Chávez 3 Mio. Stimmen. Die Wahlenthaltung von 44% nutzte diesmal der Opposition. Es handelte sich um die erste Wahlniederlage von Chávez seit 1998, die als ein Plädoyer für die Demokratie gelten kann. Die Wähler wollten keine lebenslängliche Herrschaft von Chávez, der kurz vor der Wahl äußerte, er wolle noch 50 Jahre regieren, d.h. bis zum 96ten Lebensjahr.

Ausblick: Dauer, Reichweite und Grenzen des Projektes von Hugo Chávez

Ein Ende seiner Regierungszeit war, sofern es nach Chávez ging, bis zum 2. Dezember 2007 nicht absehbar. Er müsse das begonnene Gemälde selbst beenden, erklärte er auf die unbotmäßige Frage eines englischen Journalisten in einer seiner sonntäglichen Sendungen. Helfend wirkte sich bislang der Anstieg des Ölpreises aus. Nach Presseberichten lagen 2006 14 Mrd. Euro für Chávez zum Ausgeben bereit (Rosenberg 2007), womit die Regierung nach eigenen Angaben Kraftwerke, Industrieanlagen, Krankenhäuser und Eisenbahnstrecken bauen will. Wie schon Präsident Carlos Andrés Pérez (1973-79) spricht

Chávez von „Gran Venezuela“ und Großprojekten. Die traditionelle Opposition stellt keine reale Alternative dar. Zumindest in der Hauptstadt bestand bis Dezember 2007 eine auch territorial sichtbare Koexistenz zwischen Anhängern der Regierung und der Opposition, wobei die Kritiker überwiegend in den wohlhabenderen Vierteln wohnen. Mit der aktuellen Petro-Dollar-Schwemme ist scheinbar noch genug für alle da, weshalb viele Oppositionelle mehr im Privaten grollen. „Zero Chávez – Null Chávez“, heißt es bei manchen gesellschaftlichen Zusammenkünften. Die Medienlandschaft erlaubt es bislang, sich aus dem offiziellen Nachrichtenstrom auszuklinken. Die scharfen Kommentare von namhaften Chávez-Gegnern im Meinungsteil von *El Universal* werden nur von einer Minderheit gelesen. Derweil stärkt die Regierung die eigenen Medien, gerade auf der lokalen Ebene.

Einzelne bekannte Vertreter der oppositionellen Medien werden angegriffen. In der regierungsnahen Fernsehsendung *La Hojilla* wurde z.B. ein Privatgespräch zwischen Carlos Granier, dem Bruder des Besitzers des Fernsehkanals RCTV, und seiner Mutter gesendet (El País 22.10.2007). Zugenommen haben die bekannt gewordenen Versuche zur Überwachung. Bei einem Treffen des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero 2005 mit Vertretern der Opposition in Caracas wurde unter dem Tisch ein Mikrofon entdeckt, was erst jetzt in der Presse bekannt wurde. Die Regierung reagiert empfindlich auf Kritik aus dem Ausland. Der spanische Sänger Alejandro Sanz, der bei einem früheren Auftritt in Caracas allgemein Politiker und Präsident Chávez kriti-

Zwar ist klar, dass Chávez einen neuen und bereits angedeuteten Anlauf zur Verlängerung seiner Amtszeit unternehmen wird, aber seine Macht und sein Nimbus der Unbesiegbarkeit haben einen Rückschlag erfahren.

Chávez hat die schwache Opposition im eigenen Lager irrtümlicherweise als Zustimmung gedeutet und die eigenen Leute falsch eingeschätzt: Im Kongress wird, auch als Folge eines von der Opposition mitverschuldeten Fehlens von oppositionellen Abgeordneten, alles abgenickt, selbst wenn es sich politisch nicht durchsetzen lässt.

siert hatte, erhielt vorerst keinen Auftrittsräum und verschob sein Konzert auf den 14. Februar 2008 (El País 24.10.2007).

Dieses Szenario hat sich mit dem Ausgang des Referendums geändert. Zwar ist klar, dass Chávez einen neuen und bereits angedeuteten Anlauf zur Verlängerung seiner Amtszeit unternehmen wird, aber seine Macht und sein Nimbus der Unbesiegbarkeit haben einen Rückschlag erfahren. Dies lag nicht zuletzt daran, dass er - umgeben von Ja-Sagern - nach der von ihm fälschlicherweise als Bekenntnis zu einer Art Sozialismus ausgelegten Präsidentschaftswahl 2006 den Gang der Dinge rasant und im Alleingang beschleunigt hat (dazu Dieterich 2007b). Dabei hat er die schwache Opposition im eigenen Lager irrtümlicherweise als Zustimmung gedeutet und die eigenen Leute falsch eingeschätzt: Im Kongress wird, auch als Folge eines von der Opposition mitverschuldeten Fehlens von oppositionellen Abgeordneten, alles abgenickt, selbst wenn es sich politisch nicht durchsetzen lässt. Das Kabinett setzt sich aus Vertretern der neuen politischen Klasse zusammen, als deren Exponent der Gouverneur von Miranda, Diosdado Cabello, gilt. Im Unterschied zu Chávez soll er noch nie in Kuba gewesen sein. Der Staat Miranda hatte nach Táchira und Zulia den höchsten Anteil von „No-Stimmen“. Wie im Inland umgibt sich der Präsident im Ausland gerne mit Bewunderern. Auf teuren Webseiten und in kulturellen Großprojekten erfolgt eine konformistische Inszenierung, die auch von einigen prominenten Revolutionstouristen übernommen wurde. Gleichzeitig ist es Chávez nicht gelungen, alle Frak-

tionen des Chavismus in die PSUV zu überführen. Vor allem PODEMOS (*Por la Democracia Social*) widersetzte sich.

Als aussichtsreiche Politiker erscheinen nun der Ex-General Baduel, PODEMOS-Generalsekretär Ismael García, die jungen Bürgermeister von Baruta und Chacao sowie einzelne Studentenführer. Zumindest die beiden zuerst Genannten kommen aus dem Lager des sog. „demokratischen Chavismus“, sie wären also auch für einen Teil der Anhängerenschaft von Chávez wählbar. Ein *Chavismo sin Chávez* ist nicht mehr auszuschließen.

Wie steht es nun um die lateinamerikanische Reichweite des bolivarianischen Projektes? Präsident Chávez konnte mit seiner Außenpolitik zwar neue Freunde in Lateinamerika gewinnen, von denen einige nach freien Wahlen an die Regierung gelangten. Ohne Zweifel hat das Ausmaß der Kritik an der repräsentativen Demokratie, die dort meist nur die Hälfte der Bevölkerung anspricht, in einzelnen Ländern ein hohes Ausmaß erreicht. Die Stabilisierung eines neuen Regimes hängt aber auch von den Einnahmen ab, welche in dieser Form wohl nur in Venezuela dank des Öls vorhanden sind. Von der 2007 von Chávez angestrebten Regierungsform lässt sich Venezuela möglicherweise am ehesten mit Libyen vergleichen, wo mit Nasser ebenfalls ein ausländisches Vorbild bestand, vorübergehend ein arabischer bzw. islamischer Sozialismus propagiert und der Versuch einer arabischen Föderation gestartet wurde. In Libyen, wo die Ölgelder umgerechnet auf die 6 Mio. Einwohner sogar noch höher ausfielen als in Venezuela, hat Gadaffi nach 30

Jahren selbst eine Kurskorrektur eingeleitet. Die hohen Preise für Rohstoffe, die in Lateinamerika seit fast fünf Jahren zu ökonomischen Wachstum geführt haben, sind wie beim klassischen Populismus ein Anreiz, um eine Wiederwahl anzustreben und eine personelle Kontinuität in Erwägung zu ziehen. Dies zeigt die Entwicklung in der Andenregion, aber auch in Argentinien.

Die amtierende venezolanische Regierung dürfte trotz der günstigen außenwirtschaftlichen Lage am ehesten an den eigenen Fehlern scheitern. Die von einzelnen Beobachtern vorgetragene Ansicht, sie könne aufgrund der hohen internen Verschuldung, der starken Politisierung und der zunehmend mit Regierungsaufgaben betrauten „neuen PDVSA“, und eines mit mittlerweile 26 (!) Ministerien und 100 Vizeministern plus der genannten Parallelstrukturen kaum noch überschaubaren Verwaltungshandelns sozusagen implodieren, scheint angesichts der weiter steigenden Ölnachfrage nur auf den ersten Blick unwahrscheinlich. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft krisenhaft: Unternehmer klagen, dass sie keine Devisen für die Begleichung ihrer Einfuhren zum offiziellen Kurs erhalten. Dies nährt den Verdacht, die Devisen könnten nicht ausreichen. Hinzu kommt die Verschuldung von PDVSA, die bei 15 Mrd. US\$ liegen soll. Von einer Ölgesellschaft hat Chávez die PDVSA in einen Motor seiner selbsternannten Revolution verwandelt. 2002 hat er 18.000 von 46.000 Mitarbeitern entlassen, die mittlerweile ihre Fähigkeiten teilweise im Ausland ausüben. Die Ölgesellschaft hat 75.000 Mitarbeiter und die Zahl soll bis auf 102.000 erhöht werden (Rosenberg 2007). Die

von der staatlichen Ladenkette MercaL angebotenen Waren kommen weitgehend aus dem Ausland. Vieles deutet auf wachsende Haushaltsdefizite hin. Im September 2007 wurde von Venezuela durchschnittlich nur 2,35 Mio. barrel/Tag gefördert. Die venezolanischen Erdölraffinerien arbeiten weit unter ihrer Produktionskapazität. Die Stromausfälle im Landesinneren werden immer häufiger und länger. Experten malen angesichts fehlender Investitionen ein düsteres Bild für die Zukunft. Der niedrige Benzinpreis von 4,5 (offizieller Kurs) bzw. 1,4 Dollarcent (Parallelmarkt) pro Liter (3,0 oder 0,9 Eurocent) stellt eine gigantische Subvention der vermögenden Bevölkerung dar. Dagegen wird die Milch in den Läden knapp, was teilweise daran liegt, dass die Produzenten die Waren zu besseren Preisen im Ausland anbieten oder wegen der zunehmenden Schikanen den Anbau der Produkte herunterfahren.

Zwei von der Regierung Chávez selber hervorgerufene mögliche Krisenpunkte könnten bald für neue Turbulenzen sorgen: Zum einen die Einführung des *Peso Fuerte* am 1. Januar 2008. „Eine starke Währung, eine starke Wirtschaft, ein starkes Land“, so die Regierungswerbung (Guanipa 2007). Die neue Währung startet jedoch mit einer schweren Erblast, die wahrscheinlich immun gegen populistische Sprüche ist. Nach allen bisherigen Erfahrungen mit Währungsumstellungen wird es zu einer Teuerungswelle kommen. Angesichts der Erfahrungen des spontanen Volksaufbruchs 1989, des sog. *Caracazo* bzw. *sacudón*, könnte es zu Reaktionen der Bevölkerung kommen.

Präsident Chávez hat eine Revision der Lehrpläne und ein Vorgehen gegen private Schulen und Universitäten angekündigt. Hier reagieren gerade Vertreter aus den alten und neuen Mittelschichten empfindlich, und auch die in Venezuela schwache katholische Kirche nimmt dazu Stellung.

Mit seiner Behauptung, dass Wahlergebnis sei „una mierda“ (Scheiße), der Bezeichnung der Bevölkerung als unreif und neuen öffentlichen Sottisen gegen seine Ex-Frau dürfte Chávez keine neuen Freunde gewonnen haben.

Zum anderen die Frage der Erziehung und der ärztlichen Versorgung in modernen Krankenhäusern. Präsident Chávez hat eine Revision der Lehrpläne und ein Vorgehen gegen private Schulen und Universitäten angekündigt. Hier reagieren gerade Vertreter aus den alten und neuen Mittelschichten empfindlich, und auch die in Venezuela schwache katholische Kirche nimmt dazu Stellung. Die Aussicht, dass wie in Kuba Teile der alten Eliten abwandern, was von der Regierung nicht nur in Kauf genommen, sondern von einem Teil der Anhänger des *proceso* sogar intendiert wird, hat nach dem Wahlergebnis vom Dezember 2007 an Bedeutung verloren.

Zum Problem für die „Revolution“ wird paradoxerweise der eigene Kommandant. In der Anfangsphase war es gerade der Chávez-Mythos von 1992, der ihm zum Aufstieg und der in Venezuela nicht sonderlich starken Linken zur Machtbeteiligung verhalf. Lange Zeit wurden seine Kapriolen und Ausfälle gegen ausländische Politiker sozusagen als

Mittel zum Zweck hingenommen. Schließlich hatte er elf Wahlen und Referenden für sich entschieden. Erwartet wurde von ihm staatlicher Assistenzialismus (Schütt 2007), nicht aber ein „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Beim Referendum 2007 hat er den Bogen überspannt, die eigenen Leute folgten seinem Aufruf nicht. Weniger die Opposition als die frühere Gefolgschaft haben ihm Grenzen aufgezeigt. Die fieberhafte und rechtlich unzulässige Suche nach den Wahlverweigerern in der Verwaltung mit Hilfe der Wahlhefte zeigt, wie sehr der Präsident von seinen Anhängern überrascht wurde. Mit seiner Behauptung, dass Wahlergebnis sei „una mierda“ (Scheiße), der Bezeichnung der Bevölkerung als unreif und neuen öffentlichen Sottisen gegen seine Ex-Frau dürfte er keine neuen Freunde gewonnen haben. Die spannenden Fragen sind nun, wie er versuchen wird, sein politisches Vorhaben dennoch durchzusetzen und ob seine Anhänger und die neue Führungsschicht weiter zu ihm halten.

Bibliographie

- Azzelini, Dario (2006): *Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts?* ISP: Köln.
- Báez, Luis/Elizalde, Rosa Miriam (2005): *El Encuentro*. Publicaciones del Consejo de Estado: Havanna.
- Blanco Muñoz, Augustin (1998): *Habla el comandante*. UCV: Caracas.
- Buch, Hans Christoph (2007): „Hurrikan Hugo und die Achse der Guten“. In: *Die Zeit* 31.10.
- Burgos, Elizabeth (2006): „Paralelismos cubanos en la revolución bolivariana“. In: *Revista Venezolana de Ciencia Política* 29, S. 39-71.
- Chávez Frías, Hugo (2007): *Senderos de la vía Bolivariana. Cuatro documentos esenciales*, Caracas.
- Corrales, Javier (2005): „The Logic of Extremism: How Chávez Gains by Giving Cuba so Much“. In: *Inter-American Dialogue* (Working Paper Dezember 2005), S. 2-6.
- Dietrich, Heinz (2005): „Venezuela: diez tesis sobre la nueva clase política“. In: www.rebellion.org (27.8.2005; Zugriff 5.12.2007).
- Dietrich, Heinz (2006): *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*, Kai Homilius Verlag: Berlin.
- Dietrich, Heinz (2007a): „Venezuela: Votar por el ‚Sí‘ o el ‚No‘“? In: www.Analitica.com (Zugriff 26.11.2007)
- Dietrich, Heinz (2007b): „Derrota estratégica en Venezuela; peligro mortal para Bolivia y Cuba“. In: www.Analitica.com (Zugriff 5.12.2007)
- Durán, Armando (2006): *Al filo de la noche roja*, Editorial Melvin: Caracas.
- Ediciones de la Presidencia de la República (2004): *Para comprender la Revolución Bolivariana*. Caracas.
- Fernández, Sujatha 2007: „Barrio Women and Popular Politics in Chávez's Venezuela“. In: *Latin American Politics and Society* 49, 3, S. 97-129.
- Gehring, Hubert/Hartung, Johanna (2007): „Die venezolanische Opposition – Eine Alternative zu Chávez“? In: *KAS/Auslandsinformationen* 10/07, S. 96-119.
- Giraldo Vergara, Gilberto (2006): *Teología de la liberación en la revolución bolivariana*, Ed. El perro y la rana: Caracas.
- Guanipa, Ronald Balza (2007): „Lo que deberíamos saber (y no sabemos) sobre la reconversión monetaria“. In: *sic* 699, S. 408-414.
- Humboldt, Alexander von (1862): *Reise in die Aequinoctial-Gegenden des neuen Kontinents*. Bd. 3, Stuttgart.
- Intervenciones (2004): *Intervenciones del Presidente el día 12 de noviembre 2004 (Teatro de la Academia Militar)* (Zugriff: 5.7.2007).
- Jácome, Francine (2007): *Seguridad e integración „Bolivariana“ en el marco de la política exterior de Venezuela (1999-2006)*, INVESP: Caracas (unver. Manuskript).
- Kestler, Thomas A. (2005): *Die Krise in Venezuela im Jahr 2002 aus brasilianischer und US-amerikanischer Sicht*. Eichstätt (Mesa Redonda Neue Folge 21).
- Lalander, Richard O. (2004): *Suicide of the Elephants? Venezuelan Decentralization between Partyarchy and Chavismo*, Institute of Latin American Studies: Helsinki.
- Lander, Edgardo (2007): „El socialismo en la Reforma Constitucional. La necesidad de profundizar el debate“. In: *sic* 699, S. 389-392.
- Levine, Daniel H. (2001): „Diez tesis sobre la decadencia y crisis de la democracia en Venezuela“. In: José Vicente Carrasqueño/Thais Maingon/Friedrich Welsch (Hrsg.), *Venezuela en transición: elecciones y democracia 1998-2000*, CDB: Caracas, S. 10-36.
- Langue, Frédérique (2006): „Petróleo y revolución en las Américas. Las estrategias bolivarianas de Hugo Chávez“. In: *Revista Venezolana de Ciencia Política* 29, S. 127-152.

- Libro Amarillo correspondiente al año* (2005): Ministerio de Relaciones Exteriores: Caracas 2006.
- López Maya, Margarita (2007): „Der Personenkult um Chávez wächst“. In: *taz - Die Tageszeitung*, 26.06.2007
- Magnoli, Demétrio/Jácome, Francine/Puente, José Manuel/Rios, Sandra/Maduro, Lucía (2007): „Venezuelas Beitritt zum MERCOSUR“. In: *Europa América Latina. Analysen und Berichte* Nr. 24, Brazil: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Marcano, Cristina/Tyszka, Alberto Barrera (2005): *Hugo Chávez sin uniforme. Una historia personal*. Editorial Melvin: Caracas.
- Marcano Salazar, Luis Manuel (2006): *Política exterior del gobierno bolivariano. Fundamentos conceptuales*. Nuevas Letras/Panapo: Caracas.
- Pulido de Briceño, Mercedes (2007): „Movimientos estudiantiles: profecía de lo posible“. In: *sic* 698, S. 344-346.
- Romero, Carlos A. (2006a): „Venezuela y Estados Unidos: ¿una relación esquizofrénica?“. In: *Nueva Sociedad* 206 (2006), S. 78-93.
- Romero, Carlos A. (2006b): *Jugando con el globo. La política exterior de Hugo Chávez*. Barcelona: Ediciones B.
- Rosenberg, Tina (2007): „The Perrils of Petrocracy“. In: *New York Times* 4.11.
- Sánchez, Pablo (2005): „Crisis, identidad y religión política chavista“. In: *La cultura política del Venezolano. I Coloquio de historia y sociedad*. Caracas, S. 217-234.
- Sanjuan, Ana María (2007): „Venezuela – die symbolische und die wahre Revolution“. In: *Le Monde diplomatique*, September, S. 4-5.
- Schütt, Kurt-Peter (2007): *Nach der gescheiterten Verfassungsreform: Chavismus ohne Zukunft?* (fes.de Zugriff: 10.12.).
- Schulz, Wolfram (1997): *Parteiensystem und Wahlverhalten in Venezuela. Entstehung und Verfall eines Zweiparteiensystems*. DUV: Wiesbaden.
- Sosa, Arturo/Maingon, Thais (2007): *Los consejos comunales: Espacios para la construcción de ciudadanía y el ejercicio del poder popular?* Caracas (unver.).
- Toro Jiménez, Fermín (2006): *Los mitos políticos de la Oligarquía venezolana*, Ed. El perro y la rana: Caracas.
- Twickel, Christoph (2006): *Hugo Chávez. Eine Biografie*. Nautilus: Hamburg.
- Vargas Llosa, Mario 2007: „El comandante y el Rey“. In: *El País* 18.11.
- Welsch, Friedrich (2006): „Chávez' Wahlsieg: Ein Mandat für die sozialistische Revolution?“ In: *GIGA Focus* 12.
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (1999): *Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela*. (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 12).
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (2002): „Staatsstreich gegen Chávez“, In: *Brennpunkt Lateinamerika* 7, S. 61 – 75.
- Werz, Nikolaus (1983): *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*, Weltforum: München.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power*, Verso Books: London.
- Yanes, Hernán (2005): *The Cuba-Venezuela Alliance: "Emancipatory Neo-Bolivarismo" or Totalitarian Expansion?* ICCAS: University of Miami Occasional Paper Series.

IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)
- Heft 8:** Nicolás Lynch Gamero: Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Februar 2001)
- Heft 9:** Hartmut Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (März 2001)
- Heft 10:** Günther Maihold: Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Dezember 2001)
- Heft 11:** José Antonio Sanahuja: Frieden, Demokratie und Entwicklung in der „Strategischen Partnerschaft“: Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (Dezember 2003)
- Heft 12:** Hugo Fazio Vengoa: Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Oktober 2003)
- Heft 13:** Rodrigo Arocena: Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (November 2003)
- Heft 14:** Hartmut Sangmeister: Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (November 2003)
- Heft 15:** Bruno Wilhelm Speck: Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (März 2005)
- Heft 16:** Ist eine vierte Regierungsperiode der Concertación möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darráz, November 2005)
- Heft 17:** „Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“ Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen (Constantin Grund, Januar 2006)
- Heft 18:** Haben die alten Eliten ausgedient? Eliten und Macht in Lateinamerika – das Beispiel Chile (Cristóbal Rovira Kaltwasser, Februar 2006)
- Heft 19:** Nach dem Wiener Gipfel. Europas schwierige Suche nach einem besonderen Verhältnis zu Lateinamerika (Günter Maihold, Juni 2006)
- Heft 20:** Die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (Raúl Bernal-Meza, Juli 2006)
- Heft 21:** Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht (Nikolaus Werz, Dezember 2007)

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-30-0